Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 24.01.2006, 17:00 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses

Teil Amt 6

Anwesend:

1. **Oberbürgermeister Moser**
2. **2. Bürgermeisterin Gold**
3. **Stadtrat Heisel (i. V. für Stadtrat Mahlmeister)**
4. **Stadträtin Sagol**
5. **Stadträtin Schwab**
6. **Stadtrat Schardt (ab Punkt 2 der Tagesordnung)**
7. **Bürgermeister Böhm**
8. **Stadtrat Schmidt**
9. **Stadträtin Richter (i. V. für Stadtrat Lorenz)**
10. **Stadträtin Schmidt**
11. **Stadtrat Haag**
12. **Stadtrat Konrad**

Entschuldigt fehlt:

Stadtrat Mahlmeister
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Lorenz

Als Gäste:

Stadträtin Wallrapp

Berichterstatter:

Berufsm. Stadtrat Groß für Amt 6
Dipl.-Ing. (Uni) Lepelmann für Amt 6
Oberamtsrat Schwarz für Amt 3
Assessorin Ingrisch

Schriftführer:

Berufsm. Stadtrat Groß für Amt 6
Hauptsekretär Felbinger für Amt 3

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung:

Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

1. BGVNr. 182/05
Nutzungsänderung eines Ladens in einen bordellartigen Betrieb, Ritterstr. 8, Fl.Nr. 656, Kitzingen
Antragsteller: Herr Reinhold Schwarz, Wredestr. 30, 97082 Würzburg

- Mit 11 : 0 Stimmen -

a. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

b. Die nachträgliche bauaufsichtliche Genehmigung für eine Nutzungsänderung des vorh. Ladens zu einem bordellartigen Betrieb auf Fl.Nr. 656, Ritterstr. 8, 97318 Kitzingen durch Herrn Reinhold Schwarz, Wredestr. 30, 97082 Würzburg, ist nicht zu erteilen. Eine Nutzungsuntersagung des bereits in Betrieb genommenen Vorhabens ist per Anordnung auszusprechen.

2. Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG);
Antrag auf Vorbescheid gem. § 9 BImSchG zur Sicherung des Standortes auf Fl.Nr. 2425/2426 der Gemarkung Repperndorf (Häglein)
für die Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage
Antragsteller: Firma F. u. F. Naturkraft Franken GbR, Breitbachstraße 4, in 97342 Obernbreit, vertreten durch Herrn Wilfried Florio

Vor Abtretung: BGVNr. 63/03 –Bauvoranfrage-
Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage,
Fl. Nr. 2423, Gmkg. Repperndorf
Antragsteller: E. Hermann, Repperndorf

- Mit 10 : 1 Stimme -

a. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

b. Aufgrund der geschilderten Sachverhalte

- fehlende Vorlage nötiger Unterlagen in der Vergangenheit
- fehlende Übereinstimmung mit Flächennutzungsplan – Fortschreibung i.S. „Sonderfläche für Windkraftanlagen“
- geändertes Genehmigungsverfahren
- geändertes Baugrundstück
- unmittelbare Nähe bzw. Überbauung von Bodendenkmälern

empfiehlt die Verwaltung dem Bauausschuss, die Zustimmung zur Errichtung und zum Betrieb einer Windenergieanlage auf Fl. Nr. 2425/2426 (Gem.

Repperndorf) durch Firma F. u. F. Naturkraft Franken GbR, Breitbachstraße 4, in 97342 Obernbreit, vertreten durch Herrn Wilfried Florio, nicht zu erteilen.

Kitzingen, 25.01.2006

Moser
Oberbürgermeister

Protokollführer
Amt 6

Teil Amt 3

1. **Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**
   Einrichtung eines Behindertenparkplatzes in der Kanzler-Stürtzel-Straße

   Oberamtsrat Schwarz trägt den Antrag des AMC Kitzingen auf Einrichtung eines Behindertenparkplatzes in Höhe des Eingangsbereiches des „Frida-von-Soden-Hauses“ in der Kanzler-Stürtzel-Straße vor. Begründet wird der Antrag damit, dass sich im „Frida-von-Soden-Haus“ eine Vielzahl von gehbehinderten Personen befinden. In Höhe des Eingangsbereiches des „Frida-von-Soden-Hauses“ ist in der Regel kein freier Platz zum Abstellen eines Fahrzeuges zu finden.

   - Einstimmig -

   Dem Antrag des AMC Kitzingen vom 17.01.2006 auf Einrichtung eines Behindertenparkplatzes in der Kanzler-Stürtzel-Straße wird – in Absprache mit der Heimleitung – stattgegeben.

2. **Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**
   Ausfahrt von der Güterhallstraße nach links auf die B 8 in Richtung Würzburg

   Zu einem weiteren Antrag des AMC Kitzingen, das Linksabbiegen aus der Güterhallstraße auf die B 8 in Richtung Würzburg zuzulassen, erklärt Oberamtsrat Schwarz die derzeit vorhandene Verkehrsführung. Ursprünglich war seitens der Verwaltung die Auffassung vertreten worden, dass ein Linksabbiegen nicht möglich sei, da bei „Grünschaltung“ der Güterhallstraße die Fahrspur auf der B 8 in Richtung Würzburg ebenfalls noch „Grün“ hat. Bei einer Überprüfung wurde festgestellt, dass sich diese „Grünphase“ der B 8 mit der „Grünphase“ der Güterhallstraße nur minimal überschneidet. Daher sei eine Ausfahrt auf die B 8 in Richtung Würzburg durchaus vorstellbar. Ein Ortstermin mit dem Straßenbauamt Würzburg konnte rechtzeitig vor der Sitzung nicht mehr durchgeführt werden. Es wird daher vorgeschlagen, dass der Ortstermin mit dem Straßenbauamt zunächst durchgeführt und die Angelegenheit in der nächsten Sitzung erneut vorgetragen wird.

   Der Oberbürgermeister wiederholt, dass nach Vorliegen der Stellungnahme des Straßenbauamtes und dem Einvernehmen mit der Polizei die Sache nochmals vorgelegt wird.

Stadträtin Schwab erinnert an die Diskussion über die Sperrung der Güterhallstraße und der Einrichtung von Parkplätzen im vorderen Bereich der Güterhallstraße. Die Möglichkeit könne sie sich durchaus ebenfalls vorstellen.

Oberamtsrat Schwarz erwidert, dass zu diesem Vorschlag bereits Straßenbauamt und Polizei gehört wurden. Beide lehnten den Vorschlag ab, da dann der Gesamtverkehr aus der Kaltensondheimer Straße auf die Friedenstraße zurückgeführt werde, wo bereits ein Unfallschwerpunkt sei.

Der Oberbürgermeister bittet um Berücksichtigung, dass es sich hier um eine Staatsstraße und nicht um eine innerörtliche Straße handelt. Die gesamte Situation werde sich erst nach Fertigstellung der Nordtangente ändern.

Mit dem nochmaligen Hinweis des Oberbürgermeisters, die Angelegenheit nach Vorliegen der Stellungnahme von Straßenbauamt und Polizei erneut vorzulegen, besteht allgemein Einverständnis.

- Ohne Abstimmung -

Von den Ausführungen der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

3. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Antrag auf ein „eingeschränktes Haltverbot“ in der Straße „An der Staustufe“

Oberamtsrat Schwarz berichtet über den Lkw-Parkverkehr in der Straße „An der Staustufe“. Seitens drei Anliegerfirmen wurde nun beantragt, dass gegenüber der Firma „Expert“, im Eingangsbereich, ein Haltverbot angeordnet werden soll, da ansonsten die ausfahrenden Lkw in Konflikt mit dem Gegenverkehr kommen. Die Antragsteller könnten sich ein Haltverbot auf einer Länge von ca. 50 m vorstellen. Nach Meinung der Verwaltung sei jedoch ein Haltverbot auf einer Länge von ca. 20 m ausreichend.

Der Oberbürgermeister ergänzt dahingehend, dass ein zu großzügig eingerichtetes „Haltverbot“ einen Verdrängungsprozess auslösen würde.

Verschiedene Stadträtinnen und Stadträte vertreten die Ansicht, man solle ein „Haltverbot“ auf einer Länge von 25 m einrichten.

Der Oberbürgermeister schlägt die Einrichtung eines „Haltverbots“ auf einer Länge von 25 m vor.

- Einstimmig -

Der Einrichtung eines „eingeschränkten Haltverbots“ in der Straße „An der Staustufe“ auf einer Länge von 25 m wird zugestimmt.

4. **Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**
Vollzug der StVO;
Parkverbot für Lkw in der Repperndorfer Straße

Oberamtsrat Schwarz trägt einen weiteren Antrag auf Aufstellung eines Parkverbots für Lkw vor. Eine Anwohnerin des Anwesens Repperndorfer Str. 4d beantragte die Aufstellung eines Parkverbots vor ihrer Wohnung. Nach Eingang des Antrages wurde die Parksituation in der Repperndorfer Straße beobachtet. Parkende Lkws konnten

nicht festgestellt werden.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, dem Antrag vorerst nicht zuzustimmen. Zunächst sollte die Polizei gebeten werden, eine Überprüfung in den Nachtstunden vorzunehmen. Über die Erkenntnisse dieser Überprüfung wird dann erneut berichtet.

Der Oberbürgermeister bittet um Abstimmung im Sinne des Vorschlages der Verwaltung.

- Einstimmig -

Mit dem Vorschlag der Verwaltung besteht Einverständnis.

5. **Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**
Einfahrt von der Flugplatzstraße in den Fröhstockheimer Weg

Oberamtsrat Schwarz berichtet über die Situation im Einmündungsbereich Fröhstockheimer Straße in die Flugplatzstraße. Eine grundstücksbegrenzende Backsteinmauer wurde bereits mehrfach erheblich beschädigt. Die einzige Möglichkeit, die Situation zu entschärfen, wird in der Verbreiterung des Einfahrtsbereichs gesehen. Hierzu ist es jedoch erforderlich, eine Teilfläche des gegenüberliegenden Grundstücks zu erwerben.

Eine weitere Gefahr wird darin gesehen, dass der Geh-/Radweg entlang der Flugplatzstraße unmittelbar entlang der Häuserzeile verläuft. Die Anbringung eines Verkehrsspiegels wäre hier von Nutzen.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Verwaltung vorschlägt, dass der Anbringung eines Verkehrsspiegels zugestimmt wird. Die Durchführung baulicher Maßnahmen sollte aber zunächst zurückgestellt werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Kosten für den Grunderwerb und die Erweiterung der Zufahrt zu ermitteln und dann die Angelegenheit erneut vorzulegen. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Anwohner bereit sind, die erforderlichen Maßnahmen zu bezahlen. Um den Stadträten eine Entscheidung über die Durchführung der Maßnahme zu ermöglichen, müssen hierfür die Grundlagen geschaffen werden.

Bürgermeister Böhm ist der Meinung, dass der Grünstreifen entlang der Flugplatzstraße aufgeweitet werden könnte. Dies würde eine kostengünstigere Alternative darstellen als Grunderwerb.

Stadtrat Konrad verweist auf die Einmündung der Berlingsgasse in die Flugplatzstraße. Da hier genau die gleichen Voraussetzungen vorliegen, solle auch hier ein Verkehrsspiegel angebracht werden.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, der Anbringung eines Verkehrsspiegels zuzustimmen und bauliche Maßnahmen zunächst zurückzustellen. Außerdem sollten die Kosten für einen möglichen Grunderwerb und die Erweiterung der Einfahrt seitens der Verwaltung ermittelt werden. Das Ergebnis wird dann erneut vorgetragen.

- Einstimmig -

Mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters besteht Einverständnis.

6. **Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**
   Antrag zur Nutzung einer Freisitzfläche

   Oberamtsrat Schwarz trägt den Antrag des Herrn Wilhelm Köhler, Kitzingen, Inhaber der Gaststätte im Anwesen Rosenstraße 11, Kitzingen, vor. Der Antragsteller beantragt die Nutzung einer Freisitzfläche zur Sommerbewirtung.

   Auf Anfrage von Stadträtin Richter teilte Oberamtsrat Schwarz mit, dass es sich bei der Fläche um eine, maximal 2 Parkflächen, handelt.

   Stadtrat Haag weist auf die Lärmproblematik in der Rosenstraße hin, welche sich durch eine weitere Freisitzfläche sicher nicht verringert.

   Oberamtsrat Schwarz verweist auf die Nutzungsregelung für Freisitzflächen im Stadtgebiet. Daher dürfte eine weitere erhebliche Verschlechterung nicht zu erwarten sein. Beschwerden seien jedoch nicht auszuschließen.

   Stadtrat Schmidt stellt fest, dass die Betriebszeit für die Gaststätte „Akropolis“ auf 22:00 Uhr zurückgenommen wurde. Es wäre somit nicht sinnvoll, gegenüber eine Freisitzfläche zu genehmigen, die eine längere Betriebszeit hat.

   Oberamtsrat Schwarz schlägt vor, dass man die Betriebszeit aufgrund der besonderen Umstände in der Rosenstraße in diesem Fall von vorneherein auf 22:00 Uhr festlegen könne.

   Stadtrat Konrad bittet um Ergänzung und Gewährleistung, dass bei Erlaubniserteilung darauf hingewiesen wird, den Gehweg in vollem Umfang von Tischen und Stühlen freizuhalten.

   - Einstimmig -

   Dem Antrag des Herrn Wilhelm Köhler zur Errichtung einer Freisitzfläche vor dem Anwesen Rosenstraße 11 in Kitzingen wird zugestimmt.

   Die Sperrzeit ist auf 22:00 Uhr festzulegen. Die Einrichtung der Freisitzfläche ist so durchzuführen, dass der Gehsteig genutzt werden kann.

7. **Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**

   Oberamtsrat Schwarz spricht eine Anregung von Stadtrat Schardt an, in der Glauberstraße in Höhe „Neubau der Realschule“ eine Querungshilfe in Richtung Main zu schaffen.

   Stadtrat Schardt ergänzt, dass durch den Bau der Realschule, Einrichtung der Bushaltestelle und des Verbindungsweges zwischen Aldalbert-Stifter-Straße und der Glauberstraße, eine Querungshilfe über die Glauberstraße in Richtung Pavillon und Main sinnvoll wäre.

   Berufsm. Stadtrat Groß sagt eine Prüfung der Anregung von Stadtrat Schardt zu.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 17:50 Uhr.